



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 03.12.2020

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 16 Mitgliedern

Anwesend sind

Mitglieder:

Stadträtin Magdalena Bopp

Stadträtin Heidrun Drews

ab 16:20 Uhr TOP 1

Stadträtin Flavia Gutermann

Stadtrat Hubert Hagel

Stadträtin Waltraud Jeggle

Stadtrat Werner-Lutz Keil

Stadtrat Friedrich Kolesch

Stadträtin Gabriele Kübler

Stadträtin Isolde Lauber

ab 16:40 Uhr TOP 1

Stadtrat Herbert Pfender

Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner

Stadträtin Silvia Sonntag

Stadtrat Josef Weber

Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

Stellvertreter/in:

Stadtrat Dr. Rudolf Brüggemann

Vertretung für Herrn

Peter Grunwald

Stadtrat Christoph Funk

Vertretung für Herrn

Alfred Braig

Protokollführer:

Sandra Keller

Verwaltung:

Ortsvorsteher Rißegg Tom Abele

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation,

Bürgerengagement

Ortsvorsteher Ringschnait Walter Boscher

Siegfried Kopf-Jasinski, Hochbauamt

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Margit Leonhardt, Kämmereiamt

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

Markus Merkle, Baubetriebsamt
Ortsvorsteher Stafflangen Helmut Müller
Peter Münsch, Tiefbauamt
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Ortsvorsteher Mettenberg Alexander Wachter
Robert Walz, Gebäudemanagement
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt
Wolfgang Winter, Bauverwaltungsamt

entschuldigte
Mitglieder:

Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Peter Grunwald

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Gesamtliste Haushaltsanträge 2021	2020/270
2.	Bekanntgaben und Verschiedenes	

Die Mitglieder wurden am 24.11.2020 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de ab 24.11.2020 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Gesamtliste Haushaltsanträge 2021

2020/270

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift beigefügte Drucksache Nr. 2020/270 zur Vorberatung vor. Angeschlossen ist dieser Niederschrift die Liste der Gesamtanträge in der Version, in der bereits die Ergebnisse der aktuellen Bauausschusssitzung eingetragen sind. Punkte, die mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt erklärt wurden, tauchen daher nur bei Diskussionsbedarf im Protokoll auf.

Oberbürgermeister Zeidler begrüßt die anwesenden Gäste und Mitglieder des Bauausschusses. Er schlägt vor, wie in den vergangenen Jahren, die Anträge der Liste entsprechend ihrer Nummerierung abzarbeiten.

Oberbürgermeister Zeidler ruft die Haushaltsanträge 2021 der Reihenfolge nach auf.

Nr. 4 – 7:

Stadträtin Sonntag hat Fragen zum Austausch der Wärmepumpen in der Dollinger Realschule. Unter anderem fragt sie, ob ein Komplettaustausch der Wärmepumpen erforderlich sei, ob die Hochschule beteiligt und von wem das Fabrikat der Pumpe ausgesucht wurde. Zudem frage sie sich, ob der vorhandene Brunnen ausreiche, um die Stromwärmepumpen zu bedienen. Die Stromwärmepumpen benötigen mehr Wasser als die vorhandenen Gaswärmepumpen. Die Entscheidung für die Gaswärmepumpen fiel aufgrund des kleineren Brunnens so aus.

Herr Walz erläutert, dass er davon ausgehe, dass der Brunnen ausreichen müsste. Der Gasbezug solle von der e.wa erfolgen. Dies sei der Hauptgrund für die Entscheidung für die Gaswärmepumpen gewesen. Ein Taktungsproblem bestand von Anfang an. Bei dem Fabrikat handelt es sich um ein italienisches Fabrikat. Dieses sei zum Zeitpunkt der Ausschreibung das Günstigste gewesen. Die Problematik die sich nun stelle, sei dieses Fabrikat in Deutschland unter Wartung zu bekommen. Dies sei aufgrund nur eines Anbieters sehr schwierig. Die Ausfallzeiten werden immer höher. Die Hochschule sei beim Wechsel von Gas auf Strom nicht eingeschaltet worden. Dies könne gerne nachgeholt werden.

Für Stadträtin Romer-Aschenbrenner ist unverständlich, warum die „Amokalarmierung“ nicht im Klassenzimmer umgebaut werden könne, da sie die Gefahr sehe, dass diese im Flur erst recht missbraucht werden könne, da die Aufsicht der Lehrer fehle.

Herr Walz erläutert, dass es sich hierbei um einen deutlich höheren Aufwand handeln würde. Es habe eine verwaltungsinterne Abstimmung mit der Polizei gegeben. Es wurde ein Konzept erarbeitet bezüglich der Standorte im Flur. Das Konzept sieht lediglich Standorte vor, die die Nähe zu Lehrern in Klassenzimmern vorsehen. Es werde zusätzlich ein Transponder und ein Schlüssel erforderlich sein, um die Alarmierung zu bedienen. Die Missbrauchsgefahr bei nur einem Schlüssel sei wiederum sehr hoch.

Nr. 08:

Stadtrat Kolesch ist mit der Nutzung der Stadthalle im bisherigen Umfang zufrieden. Er bittet die Verwaltung eindringlichst um ein sensibleres Vorgehen.

Oberbürgermeister Zeidler merkt an, dass dies hausintern deutlichst kommuniziert worden sei.

Nr. 10:

Stadtrat Kolesch teilt mit, dass es seiner Fraktion um eine konkrete Planung des Vorspielsaals der Bruno-Frey-Musikschule gehe. Die Planung sei jetzt vorzunehmen und entsprechend umzusetzen. Im Investitionsprogramm sei der Vorspielsaal von Seiten der Verwaltung nicht aufgeführt worden, gleichwohl jedoch aufgrund des CDU-Antrages wiederum aufgenommen worden. Im jetzigen Haushaltsplan fehle die Planungsrate von 100.000 €. Der Verwaltungsvorschlag, die Planung im Haus zu belassen, sei in Ordnung, sofern „etwas Vernünftiges“ herauskomme. Es können nicht lediglich ein paar Skizzen sein. Die Frage seiner Fraktion sei, ob die Verwaltung diese Leistung erbringen könne. Er und auch seine Fraktion sehen für diese Planungsarbeiten mehr als einen Mitarbeiter als erforderlich an. Er wünsche sich eine ehrliche Antwort seitens der Verwaltung. Sofern die Kapazität nicht ausreiche, werde die Planungsrate von 100.000 € erforderlich.

Baubürgermeister Kuhlmann resümiert die Beschlusslage. Es sei die Zusage gemacht worden im 1. Haushaltsjahr 2021, eine Vorentwurfsplanung vorzulegen. Der Umfang der Vorentwurfsplanung sei in der HOAI legaldefiniert. Dabei handele es sich vorwiegend um das Raumprogramm und die prognostizierten Kosten. Dies könne von Seiten des Hochbauamtes geleistet werden. Im Sommer stehe es dem Ausschuss frei, die Umsetzung zu beschließen.

Stadtrat Kolesch widerspricht Baubürgermeister Kuhlmann und teilt mit, dass beschlossen worden sei, den Vorspielsaal umzusetzen. Es sei klar kommuniziert worden, dass eine Planung erfolgen müsse, auf deren Basis eine Umsetzung erfolgen kann. Bedeute die Vorentwurfsplanung seitens des Hochbauamtes, dass man danach in die Umsetzung gehen könne?

Oberbürgermeister Zeidler sagt die Planung, wie von Baubürgermeister Kuhlmann mitgeteilt, erneut zu. Eine „höhere Planung“ könne von der CDU gerne beantragt werden. Er gebe zu bedenken, dass dies von seinem Haus nicht leistbar sei. Die Intention des Antrags sei doch, dass Mitte nächsten Jahres über die Thematik entschieden werden könne. Sofern dies in einer Detailschärfe gewollt werde, die im Vorhinein nicht aufgerufen worden sei, handele es sich um ein Kommunikationsproblem.

Stadtrat Kolesch beharrt darauf, dass er lediglich den Stand wolle, der zuvor im Investitionsprogramm abgebildet worden sei. Dies war immerhin eine externe Planungsleistung mit einer vorgesehenen Planungsrate von 100.000 €. Sofern intern die Qualität abgebildet werden könne, sei dies für ihn in Ordnung.

Baubürgermeister Kuhlmann wiederholt noch einmal, dass eine Vorentwurfsplanung geliefert werde. Dies werde personell über die zusätzliche Stelle im Hochbauamt abgedeckt.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

Stadträtin Gutermann gibt zu bedenken, dass die Planung eines Vorspielsaales unter anderem wegen den Resonanzen, Raumklang etc. kompliziert sein könne. Die Frage sei lediglich, ob der neue Architekt dies fachlich könne.

Baubürgermeister Kuhlmann teilt mit, dass die Vorplanung beinhalte, dass das Raumprogramm komplett aufgesetzt werde. Bei diesem Schritt werden noch keine Fachingenieure eingesetzt. Dabei handele es sich um einen normalen Planungsprozess. Es gehe vorliegend lediglich darum, die Grundlage für die Entscheidung im Ausschuss zu legen.

Stadtrat Kolesch ist mit der Antwort der Verwaltung einverstanden und hofft auf eine „sensatio-nelle Planung“ des Hochbauamtes, deren Mitarbeitern er selbstverständlich die entsprechende Kompetenz unterstelle.

Nr. 11:

Stadtrat Brüggemann bittet um Prüfung eines Bodenleitsystems (Markierung für die erste und letzte Treppe) für das Rathaus und die Stadthalle, sowie eine taktile Erfassung am Geländer.

Oberbürgermeister Zeidler **sagt zu**, dass gerne Veränderungen vorgenommen werden, die mit solch geringen Mitteln umgesetzt werden können. Herr Kopf-Jasinski habe die Aufgabe mitge-nommen.

Nr. 12:

Stadtrat Kolesch erläutert, dass seit der Doppik das nicht verbrauchte Geld im Haushalt neu an-gemeldet werden müsse. Warum nun für die Birkendorf-Grundschule keine Planungsrate einge-stellt worden sei, könne er nicht nachvollziehen. Sofern der Zeitplan eingehalten werden soll, müsse mit der Planung begonnen werden. Die Kosten für Gutachter usw. benötigen die beantrag-te Planungsrate.

Herr Kopf-Jasinski erläutert, dass von Seiten seines Amtes genau überwacht werde, welche Tei-le der Planungsrate verbraucht worden seien und welche nicht. Laut Investitionsprogramm fin-den für die Birkendorf-Grundschule in 2021 keine Planungsleistungen statt. Ein akuter Sanie-rungsbedarf bestehe nicht. Sobald in die Planungsphase eingetreten werde, werden entspre-chende Mittel eingestellt. Sofern nichts eingestellt werde, sehe sein Amt keine Erfordernis.

Stadtrat Kolesch lenkt ein und teilt mit, dass mit der Zusage der Verwaltung den Endfertigstel-lungstermin laut Investitionsprogramm umzusetzen, die Antwort der Verwaltung für ihn in Ord-nung sei.

Baubürgermeister Kuhlmann merkt an, dass an dieser Stelle immer wieder auf das Investitions-programm und dessen Fahrplan verwiesen werde. Daran werde sich seitens der Verwaltung ori-entiert und gehalten.

Oberbürgermeister Zeidler bittet Stadtrat Kolesch zu erklären, ob der Antrag aufrechterhalten werde.

Stadtrat Kolesch teilt mit, dass der **Antrag** aufgrund der Antwort der Verwaltung **zurückgezogen** werde.

Nr. 19:

Oberbürgermeister Zeidler gibt zu bedenken, dass Tiefbaumaßnahmen nicht zwingend mit Hochbaumaßnahmen austauschbar seien und bittet die Fraktionen um Erklärung.

Stadtrat Keil möchte aufgrund der neueren Informationen, die Pflugschul-Sporthalle vorgezogen haben. Hintergrund sei die doch sehr hohe Nutzung, die ihm nicht in dieser Form bekannt war. Seine Fraktion habe rein finanzielle Überlegungen angestellt. Die Investitionskosten könnten um den entsprechenden Zeitraum verschoben werden. Nachdem die Wielandstraße bereits so lange nicht angegangen worden sei, könne diese noch weitere 1,5 Jahre geschoben werden.

Stadtrat Funk schildert, dass das Gremium bereits öfters gehört habe, dass Maßnahmen in der Zuständigkeit der Ämter 66/65 nicht beliebig austauschbar seien. Er begrüße jedoch den Antrag der SPD, da deutlich werde, dass es eben um finanzielle Aspekte gehe. Deshalb schlage er vor, die Pflugschule nicht umzusetzen und die Wielandstraße zu verschieben.

Baubürgermeister Kuhlmann stellt klar, dass das Nutzungsspektrum der Pflugschul-Sporthalle angeschaut worden sei. Eine intensive Nutzung erfolge zwar, aber die Maßnahme bis 2025 zu schieben, könne vertreten werden. So sei es im Investitionsprogramm auch festgelegt.

Stadträtin Kübler bittet die Verwaltung um Erklärung, was diese unter „dringlich“ verstehe. Aus ihrer Sicht sei 2025 zu spät.

Baubürgermeister Kuhlmann schildert dem Gremium von einer Besichtigungsfahrt, Gegenstand seien WC-Anlagen gewesen. Die Pflugschul-Toilettenanlage sei ebenfalls besichtigt worden, deren Zustand könne aber nach Auffassung der Teilnehmer toleriert werden. Bei einem dringenden Sanierungsbedarf müsse bedacht werden, ob weitere Schäden entstehen können. Dies sei vorliegend nicht der Fall. Zudem räumte er ein, dass die Maßnahme immer im Kontext mit anderen Maßnahmen gesehen werden müsse. Aufgrund des Sanierungsstaus sei noch „Etliches“ zu erledigen.

Nach kurzer Diskussion wird der **Antrag** der SPD **mehrheitlich (8 J/ 4 N/ 5 Ent.) beschlossen**.

Nr. 21:

Stadtrat Kolesch kann nicht nachvollziehen, dass das stadt eigene Glasfasernetz nur für den internen Gebrauch verwendet werde. Es handelt sich doch nicht um ein Sicherheitsnetz. In Zeiten von Home Office gehen viele über geschützte Verbindung auf sensible Server, deshalb sei dies nicht verständlich. Ein eigenes internes Netz für die Stadt sei sehr aufwendig.

Herr Walz ruft dem Gremium die Vorlage zum Ausbau des Stadtnetzes incl. der Beispiele in Erinnerung. Der Ausbau des eigenen städtischen Netzes sei wirtschaftlich sinnvoll und langfristig richtig.

Nr. 24+25:

Stadtrat Funk stellt klar, dass es sich um sage und schreibe 2.500 EUR Einsparung (im Ergebnishaushalt) handele. Dies bei einer Verschiebung von einem Jahr. Für ihn sei die Argumentation der Verwaltung nicht schlüssig und er frage sich, ob lediglich Dez. I oder vielleicht auch Dez. II „ihre Finger im Spiel“ haben. Er betont, dass es der einzige Antrag seiner Fraktion sei, der Geld koste.

Stadträtin Jeggle hält am Antrag der CDU fest. Als wünschenswerten Umsetzungszeitraum nennt sie das Frühjahr/Sommer 2021. Provisorische Maßnahmen seien wenig zielführend. Durch die Verschiebung um ein Jahr werde die Maßnahme nicht günstiger. Und übrigens werde mit diesem Antrag „kein neues Fass“ aufgemacht.

Stadträtin Gutermann hält den Zeitpunkt der Umsetzung in 2021 für günstig. Sie möchte jedoch nicht den ganzen Haushalt aufdröseln und fragt nach, ob eine andere 50.000 EUR Maßnahme geschoben werden könne.

Oberbürgermeister Zeidler ruft dem Gremium in Erinnerung, dass gerade die Wielandstraße geschoben worden sei, Kapazitäten seien somit vorhanden. Sowohl das Dezernat I, II und III habe Aktien in der Maßnahme, Herr Münsch müsse diese nämlich umsetzen.

Oberbürgermeister Zeidler gibt offen zu, dass er die Diskussion nicht nachvollziehen könne. Es läge ein Gutachten vor, dass das Rasensportfeld bis spätestens 2022 saniert werden müsse. Die Verwaltung habe die Maßnahme lediglich von 2021 auf 2022 verschoben, mithin lediglich um ein Jahr. Er hält die Entscheidung der Verwaltung für nicht ehrenrührig.

Stadtrat Funk erläutert den Unterschied zwischen den Anträgen der FDP- und CDU-Fraktion. Es dürfe keine kurzfristige Ausschreibung sein mit einer Umsetzung im März 2021, da dann klar sei, dass die Maßnahme sehr teuer werde. Daher der Vorschlag einen späteren Umsetzungstermin mit anbieten zu lassen.

Oberbürgermeister Zeidler möchte die Anträge zur Abstimmung aufrufen.

Stadtrat Kolesch moniert, welcher Antrag zur Abstimmung kommen solle. Die FDP wolle zwei Termine abfragen, die CDU die Umsetzung entsprechend der Beschlusslage in 2021.

Baubürgermeister Kuhlmann stellt klar, dass bei einer Ausschreibung nicht zwei Termine abgefragt werden können. Dieser Aspekt sei untergegangen, ändere jedoch nichts an der soeben getätigten Aussage. Er könne lediglich ein Zeitfenster für die Umsetzung angeben. Dies, werde bei Ausschreibungen, in der gängigen Verwaltungspraxis seit jeher zeitlich nach hinten verlagert, um Kosten zu sparen.

Nach den Ausführungen von Baubürgermeister Kuhlmann erklärt sich Stadtrat Funk mit der Vorgehensweise einverstanden.

Oberbürgermeister Zeidler hält die Anträge der FDP- und CDU-Fraktion für sehr vergleichbar und bittet das Gremium um Abstimmung.

Nach kurzer Diskussion werden die Anträge der FDP- und CDU-Fraktion einstimmig (11 J /6 Ent) beschlossen.

Nr. 26:

Stadträtin Drews möchte lediglich erfahren, an welchem Standort die Eislauffläche realisiert werden könne.

Baubürgermeister Kuhlmann erteilt Auskunft darüber, dass derzeit ein konkreter Standort untersucht werde. In der Diskussion stehen weitere Standorte. Genauere Auskünfte könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht geben.

Nr. 28:

Stadträtin Kübler zeigt sich mit der Verwaltungsantwort einverstanden. Sie möchte betonen, wie wichtig ihr das Zusammenspiel von beiden Bereichen (Spiel und Gastronomie) sei.

Nr. 29:

Stadträtin Romer-Aschenbrenner möchte lediglich eine kleine Anregung einbringen. Es seien so viele neue Spielflächen entstanden, auf diese könne doch beispielsweise im BIKO und auf der städtischen Homepage hingewiesen werden.

Oberbürgermeister Zeidler **sagt dies zu.**

Stadträtin Drews möchte in der Broschüre die Bewegungspunkte aufnehmen.

Stadtrat Brüggemann freut sich über den Antrag und möchte gerne 2021 bereits etwas vorweisen können. Er bekräftigt die Aussage von Stadträtin Romer-Aschenbrenner und freut sich über einen digitalen Hinweis im Jahr 2021. Es werde schließlich immer Veränderungen geben.

Oberbürgermeister Zeidler **sagt dies zu.** Die digitale Variante werde bereits 2021 umgesetzt, die Auflage eines Flyers folge 2022.

Stadtrat Funk regt an, ob es überhaupt noch einer Broschüre bedürfe.

Baubürgermeister Kuhlmann hebt hervor, dass es sich nicht nur um eine banale Broschüre handle. Es solle analog der Neunzigerjahre eine sog. „Kids-Map“ geben. Diese Lösung solle auch digital zur Verfügung stehen und kartenbasiert sein. Es handle sich hierbei um einen digitalen Führer, der Kinder und Eltern adressiere. Diese „Map“ werde im Jahr 2022 auf den Weg gebracht. Der Vorteil darin werde vor allem in dem weiteren digitalen Ausbau gesehen.

Nr. 33:

Stadträtin Drews will als Radfahrerin der Stadt eine Lösung. In diesem Bereich gebe es eine Ampelschaltung, die von vielen Verkehrsteilnehmern nicht abgewartet werde. Bevor die verkehrslenkenden Maßnahmen voll greifen und sich dadurch die Verkehrsbelastung erheblich verschlechtere, müsse für diese Stelle eine Lösung gefunden werden. Ihr schwebte eine „Röhre“ ähnlich wie im Aspach vor. Ihr gehe es darum, das Problem frühzeitig zu erkennen und anzudeuten. Brücken werden ihrer Ansicht nach von Radfahren nicht gut angenommen.

Baubürgermeister Kuhlmann entgegnet, dass es hierbei um keine Kleinigkeit gehe, sondern um eine heftige Tiefbaumaßnahme, deren Priorität weit, weit hinten gesehen werde. Die Optimierung der Ampelsteuerung werde geprüft und gegebenenfalls optimiert. Seiner Ansicht nach seien Unterführungen für Radfahrer aus Sicherheitsgründen nicht sinnvoll.

Stadtrat Weber setzt sich für eine Verbesserung der Situation ein.

Oberbürgermeister Zeidler argumentiert, dass sich auch Fahrradfahrer unbestritten an die allgemeinen Regeln des Straßenverkehrs zu halten hätten. „Wer meint, sich nicht an Verkehrsregeln halten zu müssen, tue das auf eigenes Risiko“. Menschen, die sich nicht an die Verkehrsregeln halten wollen, können auch mit einer Tunnellösung nicht abgefangen werden. Er bekräftigt die Aussage von Baubürgermeister Kuhlmann, dass eine Tunnellösung ein hoch komplexes Bauwerk sei.

Stadtrat Hagel hält es für völligen Humbug über 1 Million € für solch ein Bauwerk auszugeben.

Stadträtin Drews möchte keine Diskussion darüber führen, ob von Rad- und oder PKW-Fahrern Regeln eingehalten werden. Fakt sei, dass es deutlich mehr Verkehr geben werde. Hierfür gebe es bisher keine gute Lösung.

Stadträtin Drews erklärt, dass sich die SPD damit zufrieden geben, die verbesserte Ampelschaltung anzuschauen. In den verbleibenden fünf Jahren sei ausreichend Zeit vorhanden, um gegebenenfalls nachzusteuern und eine Tunnellösung weiter voranzutreiben.

Oberbürgermeister Zeidler fragt Stadträtin Drews, ob sie den Antrag zurückziehe.

Stadträtin Drews gibt sich mit der Antwort der Verwaltung zufrieden.

Nr. 35:

Stadtrat Kolesch möchte geklärt haben, ob genügend Mittel für die Gutachten (Blosenbergr) vorhanden seien.

Herr Münsch erklärt, dass im Haushalt neben den Mittel die jetzt bereitgestellt werden sollen, über eine höhere VE, je nach Fortschritt, weitere Planungsaufträge abgedeckt seien. Das Geld (Haushaltsansatz plus VE) reiche sicherlich aus.

Nr. 37:

Stadtrat Kolesch betont, dass die Ulmer-Tor-Straße im Jahr 2022 fertiggestellt sein müsse, da die Heimatstage in 2023 stattfinden. Es seien 2021 keine Mittel eingestellt, sondern nur in 2022. Es sei eine Fremdplanung erforderlich. Wenn im Jahr 2021 ausgeschrieben werde, dann seien seiner Auffassung nach in 2021 Haushaltsmittel erforderlich plus eine VE für das Jahr 2022, damit vergeben werden könne. Die Verwaltung benötige zwingend Planungsmittel plus VE.

Herr Münsch erläutert, dass im Haushaltsansatz 100.000 € plus ca. 1 Million VE bestehen. Mit diesen Mitteln könne die Planung in jedem Falle vorangetrieben werden. Er erklärt dem Gremium, dass für die Umsetzung die komplette Infrastruktur verlegt werden müsse, was ungefähr drei Monate in Anspruch nehmen werde. Er gehe von einer Ausschreibung in 2021 und einem Baubeginn in 2022 aus.

Stadtrat Kolesch erwidert, dass bei ausreichenden Mitteln die Angelegenheit für ihn in Ordnung sei.

Nr. 39:

Stadtrat Kolesch erläutert, dass es ihm nicht um Wartehäuschen gehe, sondern um den geplanten Rückbau der Busbuchten, die seine Fraktion mitentscheiden wolle. Ob es sich um eine Einzel- oder Gesamtvorlage handle, sei unerheblich, er möchte in jedem Fall beim Wegfall einer Busbucht mitentscheiden. Dies dürfe in keinem Fall nur die Entscheidung der Verwaltung sein.

Baubürgermeister Kuhlmann bekräftigt, dass in dem Gesamtprogramm dargestellt werde, ob die Busbucht weg falle oder nicht. Das Gremium könne hierüber entscheiden.

Stadtrat Kolesch zeigt sich mit der Antwort zufrieden.

Nr. 40:

Stadtrat Brüggemann vertritt die Ansicht, dass die Ausstattung und der Komfort der Haltestellen als eher schlecht bezeichnet werden könne. Die Beleuchtung sei unzufriedenstellend und reiche nicht einmal aus, um den Fahrplan lesen zu können. Er erwarte die Qualität nicht an allen Haltestellen, jedoch an den stark frequentierten. Der Antrag solle in der gestellten Form nicht aufrechterhalten werden, sondern als Prüfauftrag an die Verwaltung verstanden werden. Konkret solle bei existierenden Fahrgastunterständen bei Dunkelheit eine verbesserte Ausleuchtung erzielt werden. Bei neuen Fahrgastunterständen solle eine gute Ausleuchtung bei Dunkelheit gewährleistet sein.

Oberbürgermeister Zeidler fasst zusammen, dass der Antrag der Grünen-Fraktion wie folgt modifiziert werde: Die Fahrgastunterstände sollen besser ausgeleuchtet werden und die Verwaltung erhalte den Auftrag zur Untersuchung der stark frequentierten Fahrgastunterstände.

Baubürgermeister Kuhlmann weist darauf hin, dass die bestehenden Buswartehäuschen durch die Werbung beleuchtet werden. Ihm sei neu, dass dieses Licht nicht ausreiche. Die Ausstattung

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

und die Fahrgastinformation sei Thema der Stadtwerke. In den nächsten Jahren sollen zudem dynamische Fahrgastinformationsanzeigen realisiert werden. An dem Thema werde von Seiten der Stadtwerke gearbeitet. Eine zusätzliche Ausleuchtung sei aus seiner Sicht nicht notwendig und auch nicht nachvollziehbar. Im Landkreis herrsche dagegen eine andere Situation vor. Im Stadtgebiet seien aber nahezu alle Buswartehäuschen von der Straßenbeleuchtung erfasst.

Stadtrat Kolesch regt an, dass heutzutage fast jeder über eine Taschenlampe im Smartphone verfüge. Es gebe bei jedem die Möglichkeit den Fahrplan anzuleuchten (im Notfall).

Stadträtin Lauber verweist auf die Haltestelle in der Ehinger Straße Richtung Warthausen. Diese sei nur dann beleuchtet, wenn die Bewohnerin des Erdgeschosses zu Hause sei.

Baubürgermeister Kuhlmann hebt hervor, dass differenziert werden müsse. Es gebe viele Haltestellen ohne Buswartehäuschen. Er habe den Antrag so verstanden, dass es ausschließlich um Haltestellen mit Buswartehäuschen gehe.

Stadtrat Brüggemann geht es um die Beleuchtung während der Bedienungszeiten. Das Argument des Smartphones überzeuge ihn nicht, da es Menschen gebe, die eben kein Smartphone besäßen. Die Werbung gebe nicht ausreichend Licht, um den Fahrplan lesen zu können.

Oberbürgermeister Zeidler möchte in die Abstimmung eintreten.

Nach kurzer Diskussion wird der **Antrag** der Grünen-Fraktion **mehrheitlich** (7 Ja / 10 Nein) **abgelehnt**.

Nr. 64:

Stadträtin Kübler möchte den genauen Zeitpunkt in 2021 wissen. Konkret sei ihre Frage, ob das Gremium die entsprechende Vorlage vor dem Haushaltsplan 2022 bekommen könne.

Baubürgermeister Kuhlmann **sagt** dem Gremium die Vorlage spätestens bis Sept. 2021 **zu**.

Nr. 68:

Stadtrat Keil führt aus, dass mit dem Antrag weniger gemeint sei, als die Verwaltung vermutet habe. Er verdeutlicht, dass das Wort „Konzept“ augenscheinlich falsch gewählt worden sei. Die Stadt habe viele gute Berichte über Klima, Stadtklima etc. und nichts anderes wolle seine Fraktion. Beispielsweise könne durch eine gut gemachte Fassadenbegrünung ein Beitrag zum Klima geleistet werden. Es gehe lediglich darum, darauf aufmerksam zu machen, dass die Stadt die Begrünung im Blick habe. Beispielsweise könne eine der 5 Sporthallen begrünt werden.

Baubürgermeister Kuhlmann stellt klar, dass er tatsächlich Probleme mit dem Wort „Konzept“ habe. Konzept bedeute für ihn, dass umfangreiche Untersuchungen gemacht werden müssen. Diese können personell nicht geleistet werden. Hierfür könne er keine Zusagen geben. Zusagen könne er jedoch, dass die Verwaltung die Begrünung im Blick habe. Wenn immer möglich, werden Begrünungen umgesetzt.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

Stadtrat Keil wirft ein, dass dafür geworben werden solle.

Baubürgermeister Kuhlmann stellt klar, dass die Verwaltung dafür werben werde und es vor allem im Blick behalte, wo es nur gehe. Herr Kopf-Jasinski und Herr Walz seien anwesend und greifen das Thema ebenfalls auf.

Auch Stadträtin Romer-Aschenbrenner wünscht sich, dass die Erkenntnisse aus der Stadtklimanalyse umgesetzt werden. Sie möchte dazu anregen, bei Neubauten darüber nachzudenken. Die Hochschule beabsichtige ihren Standort weiterzuentwickeln und zu begrünen. In diesem Zusammenhang hoffe sie auf ein „best practice“ Projekt.

Oberbürgermeister Zeidler fasst zusammen, dass sich der Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt habe.

Nr. 70:

Stadtrat Keil geht es um die alten Baumbestände in der Stadt, insbesondere am evangelischen Friedhof. Seine Fraktion habe die Sorge, dass alle alten Bäume gleichzeitig absterben könnten. Es solle rechtzeitig an Neupflanzungen gedacht werden.

Baubürgermeister Kuhlmann erläutert, dass die Stadt ein Baumkataster unterhalte. In diesem seien 11.000 Bäume gelistet. Die jetzige übliche Praxis sei, dass sofern erkannt werde, dass alte Bäume ersetzt werden müssen, bereits rechtzeitig neue Pflanzungen vorgenommen werden.

Oberbürgermeister Zeidler stellt fest, dass es Stadtrat Keil insbesondere um den alten Baumbestand am evangelischen Friedhof gehe.

Baubürgermeister Kuhlmann bekräftigt, dass diese Vorgehensweise selbstverständlich auch den evangelischen Friedhof einschließe.

Für Stadtrat Keil ist die Antwort zufriedenstellend.

Nr. 71:

Für Stadträtin Drewe gehe es bei diesem Antrag nicht um Großprojekte, sondern lediglich darum, die Verantwortung für „das Grün“ bei den Bürgern zu fördern. Die Bürgerschaft solle mitgenommen werden, beispielsweise wenn im Neubaugebiet Rindenmoos „Grün“ angelegt werde.

Stadträtin Sonntag findet, dass Bürger ermutigt werden sollen, eine Baumpflanzinsel zu verschönern.

Für Baubürgermeister Kuhlmann ist das Anliegen verständlich. Er habe jedoch kein Personal um solche Projekte anzuleiten. Bei Neuanlagen werden die Bürger bereits miteinbezogen. Dies könne auch personell geleistet werden. Jedoch zeitlich verzögert die Anwohner, beispielsweise im Hauderboschen, anzusprechen und zu befragen, ob sie sich um eine Bauminseln kümmern wollen, könne personell nicht geleistet werden.

Oberbürgermeister Zeidler befindet, dass abzuschichten sei. Er halte den Koordinationsaufwand nicht für überaufwendig. Es müsse lediglich ein Ansprechpartner gefunden werden, der die Frage beantworten könne, ob sich der Bürger entsprechend kümmern dürfe. Dies sei leistbar, so seine Wunschvorstellung für sein Haus. Es handele sich schließlich nicht um ein bürokratisches Monster. Es gehe lediglich darum, denjenigen Menschen zu helfen, die sich einbringen wollen. Bei proaktiven Anfragen seitens der Bürgerschaft sei Amt 61 Ansprechpartner, es gebe schließlich nicht umsonst einen Umweltschutzbeauftragten.

Für Stadträtin Drews ist die Antwort zufriedenstellend.

Nr. 72:

Stadtrat Keil geht es nur darum, dass der Garten „gerichtet“ werde.

Oberbürgermeister Zeidler **sagt zu**, dass der Garten in Augenschein genommen werde.

Nr. 74:

Stadtrat Weber erläutert, dass es ihm um eine auskömmliche ständige Unterhaltung dieser Anlagen gehe.

Oberbürgermeister Zeidler hebt hervor, dass die Haushaltsmittel den Wunsch der Fraktion abbilden. Er bittet darum, den Antrag zurückzuziehen oder abzustimmen.

Stadtrat Weber **zieht den Antrag zurück.**

Nr. 75:

Stadtrat Weber wünscht sich mehr Bäume. Auch Richtung Rissegg wäre es sinnvoll, Bäume schon allein als Schattenspender zu pflanzen, genauso wie zwischen Mettenberg und Biberach. Dort gäbe es zumindest einige Bäume. Je nach Träger der Straßenbaulast können Neupflanzungen aufgrund der festgelegten Abstände oftmals nicht realisiert werden, obwohl die Bäume im Bestand vorhanden waren.

Baubürgermeister Kuhlmann betont, dass bei klassifizierten Straßen Einschränkungen bestehen. Dort dürfe oftmals aufgrund der Freihaltezone nicht gepflanzt werden, d.h. die Flächenverfügbarkeit sei nicht vorhanden. Bei neuen Maßnahmen werde immer geschaut, ob Bäume mit gepflanzt werden können. Es gebe zudem weitere Restriktionen, da in den Straßengraben oftmals Kanäle die Pflanzungen verhindern. Die Freihalteflächen ergeben sich aus am Straßenrecht.

Nr. 78:

Stadträtin Kübler begrüßt den Inhalt der Antwort der Verwaltung, dass dort öffentliche Ladestationen angedacht werden sollen. Dies finde sie schon mal sehr gut. Der Antrag der SPD solle nicht

lauten, die Stromleitung durch die e.wa in die Garage der privaten Nutzer zu legen, sondern zu prüfen, welche Möglichkeiten es für die Bewohner gebe, die Garage an das Stromnetz anschließen zu lassen. Was also müsse der Bürger tun.

Baubürgermeister Kuhlmann erläutert, dass jeder private Nutzer einen Antrag stellen könne. Jeder könne einen Anschluss beantragen, dieser werde aufgrund der langen Zuleitung nur sehr kostenintensiv sein.

Stadträtin Kübler fragt, ob es von der Stadt Zuschüsse gebe aufgrund der damaligen Sondersituation.

Baubürgermeister Kuhlmann verneint dies und erklärt, dass das Gebiet unter dem Stichwort „preisgünstiges Bauen“ entwickelt worden sei. Aufgrund des Wunsches der Hauskäufer Geld zu sparen, wurden zunächst nur Stellplätze angedacht, dann wurden es doch Garagen mit einfacher Ausstattung, um wiederum Geld zu sparen.

Stadträtin Kübler **zieht den Antrag zurück.**

Nr. 84:

Für Stadträtin Drews ist es wichtig, QR-Code's an den Mülleimern anzubringen. In anderen Kommunen funktioniere es doch auch. Sie gehe von einer deutlich schnelleren Abhilfe im Falle der Leerung aus. Sie bittet darum das Thema Flaschenhalter zumindest auszuprobieren. Die Flaschenhalter seien nicht überall schlecht, Sie rege dies zumindest bei 5-10 Mülleimern an. Ihre Fraktion empfinde es nicht als sehr angenehm, dass Menschen in Mülleimern wühlen.

Herr Merkle führt aus, dass er das Thema der Pfandringe bereits geprüft habe. Als Beispiel führt er die Stadt Köln an, genauer gesagt Köln-Ehrenfeld. Die Stadt Köln habe sämtliche Pfandringe wieder abgebaut. In der Praxis funktioniere es nicht. Die Mülleimer seien schwerer zu leeren und verdrecken mehr. Die in den Flaschen verbleibenden Flüssigkeitsreste zögen gerade in den Sommermonaten Wespen an. Zu reinigen seien sie zudem ebenfalls schwieriger. Das unwürdige Wühlen bliebe laut Köln nicht aus. Es bleibe bei der in der Drucksache 2015/37 dargestellten Auffassung.

Die App sieht er grundsätzlich positiv. Jede größere Stadt habe eine, auch Köln. Allerdings funktioniere es nur, wenn es konsequent umgesetzt werde. D. h. es müsse überall im Stadtgebiet eine App angebracht werden. Es müsste die ganze Stadt mit einem entsprechenden Hinweis auf das richtige Amt beteiligt werden. In der Größe von Biberach sei eine Stelle sinnvoll, aber auch ausreichend. Die Weitergabe über soziale Netzwerke sei gut. Anfragen bei Facebook werde nachgegangen. Wenn in der App beispielsweise am Samstag etwas gemeldet werde, werde trotzdem erst am Montag reagiert werden können. Es bleibt fraglich, ob es effektiv wäre.

Stadträtin Drews teilt mit, dass der Vergleich mit Köln-Ehrenfeld hinke und nicht ganz vergleichbar sei. Ihr Wunsch sei es nicht alle Mülleimer mit QR-Code auszustatten. Die Stadt Ulm habe dies nur für die Innenstadt. Sie plädiere dafür, dies für die Innenstadt von Biberach ebenfalls zu testen. Die Anschaffung von fünf bis zehn Mülleimern wäre aus ihrer Sicht vertretbar.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

Baubürgermeister Kuhlmann habe den Antrag nicht als Test verstanden. Er schlägt vor, den QR-Code an 5 Mülleimern auszuprobieren mit einer Verlinkung auf die städtische Homepage, an einigen Hotspots. Die Flaschenringe sehe er kritisch, gesteht jedoch das Anbringen von Flaschenringen an ein paar Mülleimern zu.

Stadträtin Gutermann fordert die Umsetzung der Flaschenringe nicht in der unmittelbaren Umgebung zu ihrem Wohnhaus.

Oberbürgermeister Zeidler befindet das Rathaus als zentrale Teststelle für geeignet.

Stadtrat Kolesch begrüßt die Proberunde der QR-Codes. Des Weiteren begrüße er die Aussage von Herrn Merkle im Bezug auf die Pfandringe. Diese seien bereits aufgrund der hygienischen Probleme und der erschwerten Leerung nicht sinnvoll. Er möchte daher von der Umsetzung dringend abraten.

Baubürgermeister Kuhlmann habe die Aussage von Stadtrat Kolesch überzeugt. Er zieht seinen Vorschlag bezüglich den Pfandringen zurück und **hält fest, dass nur der QR-Code getestet werde.**

Stadträtin Drews fasst zusammen, dass der **Antrag** im Hinblick auf die **QR-Code aufrechterhalten** bleibe. Sie gebe sich damit zufrieden. Bezüglich der **Pfandringe** werde der **Antrag** vorläufig **zurückgezogen**. Bezüglich **Graffiti** könne sie sich für nächstes oder übernächstes Jahr noch etwas überlegen. Der **Antrag** werde ebenfalls **zurückgezogen**.

Nr. 86:

Stadtrat Kolesch freut sich über die Antwort der Verwaltung.

Baubürgermeister Kuhlmann hält fest, dass es eine zeitliche Verschiebung gebe. Die Untersuchung sei bereits im Gange. Es seien entscheidende Nachuntersuchungen erforderlich, so dass das 1. Quartal nicht gehalten werden könne. Die Vorlage werde erst im 2. Quartal vorgelegt werden.

Nr. 88:

Stadtrat Weber beharrt darauf, dass es in den Ortsteilen nachts viel zu hell sei, auch bei einer Reduzierung der Ausleuchtung auf 50 %. Es sei eine unsägliche Geschichte. Er möchte bei Nacht wieder Nacht haben.

Oberbürgermeister Zeidler ruft zur Abstimmung auf.

Ohne Diskussion wird der **Antrag** der Grünen-Fraktion mehrheitlich (4 Ja/ 10 Nein/ 3 Ent) **abgelehnt**.

Nr. 90:

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

Für Stadtrat Keil handelt es sich um ein weites Feld, welches vermutlich nicht an dieser Stelle zu lösen sei. Es wäre gut, wenn das Thema Beleuchtung in der Gesamtheit betrachtet werde. Gemeinsam mit Herrn Schilling von den Stadtwerken oder hier im Bauausschuss. Im Guttenbrunnweg sei ein „Hotspot“ einer problematischen Haltestelle.

Baubürgermeister Kuhlmann verweist auf die Vorlage in 2019, in der alle Buswartehäuschen beschrieben und priorisiert worden seien. Nächstes Jahr komme eine Vorlage zur Barrierefreiheit. Er sagt dem Gremium zu, das Thema Buswartehalle für die genannten Haltestellen mit in diese Vorlage aufzunehmen. Konkret sagt er: „Wir nehmen sie auf, dann können sie über die Priorität entscheiden“. Eine gesonderte Diskussion möchte er gleichwohl nicht führen.

Nr. 92:

Stadträtin Kübler möchte wissen, welche neuen Erkenntnisse dazu geführt haben, dass eine Heizzentrale gebaut werde. Damals sei gesagt worden, dass der Untergrund nicht geeignet sei.

Baubürgermeister Kuhlmann führt aus, dass der Untergrund für die Holzhackschnitzelanlage statisch nicht ausgereicht habe, um die Lasten abzudecken. Die neue Lösung sei jetzt eine Anlage mit mehr KW ohne Lagerung von Holzschnitzel.

Nr. 99:

Stadtrat Funk erläutert, dass es laut Baubürgermeister Kuhlmann nicht möglich sei, Zahlen pro Jahr und auch etwas konkreter vorgelegt zu bekommen. Er bittet das Investitionsprogramm daher wieder Arbeitsprogramm zu nennen. Sollte dies nicht der Fall sein, werde er sich bezüglich der Zahlen permanent an Frau Leonhardt wenden. Seine Meinung sei allumfassend bekannt.

Für Stadträtin Bopp ist es zweitrangig, ob das Papier Investitionsprogramm oder Arbeitsprogramm genannt werde. Die Hauptsache sei doch, dass die Projekte eingetaktet worden seien. Ob das Projekt im Haushalt abzubilden sei, werde dann gesehen. Die Übersicht erachte sie nach wie vor als sinnvoll. Wichtig sei ihr, dass Gesamtsummen mit abgebildet werden, was nunmehr der Fall sei.

Für Stadtrat Dr. Weigele ist entscheidend, dass die Summen die genannt werden, auf Jahre runtergebrochen werden. Es gehe aber darum, wieviel im Jahr eingestellt werde. Ein Mehr- oder Minderbedarf dürfe nicht verschwinden. Er könne die Zahlen nicht nachvollziehen und möchte doch als Gemeinderat das Zepter in der Hand behalten.

Baubürgermeister Kuhlmann hält fest, dass diese Thematik bereits häufig diskutiert worden sei. Es gebe ein enges Zusammenspiel mit Frau Leonhardt und dem Investitionsprogramm. Nicht nur der Bauausschuss, auch der Hauptausschuss und der Gemeinderat beschließen das Investitionsprogramm. Die getroffene Eintaktung im Investitionsprogramm fließe in die mittelfristige Finanzplanung mit ein. Dieses Jahr wurden erstmalig Zahlen angegeben. Das Gremium bekomme belastbare Zahlen, wo es gehe. Maßnahmen die noch gar nicht geplant worden seien, können nur mit groben Schätzungen dargestellt werden. Und es gebe auch Investitionen, die überhaupt keine Kostenangaben zuließen, wie beispielsweise das Bahnhofsumfeld. Das Investitionsprogramm sei

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

ein mittelfristiges Planungstool, welches Projekte zeitlich eintaktet und dies bilde die Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung.

Stadtrat Funk hebt hervor, dass genau dies sein Anliegen sei. Es sei die Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung. Dies könne er jedoch nicht nachvollziehen. Er müsse immer prüfen, ob es im Haushalt eingestellt sei. So könne er den Haushalt nicht richtig steuern und beurteilen. Erst im Haushalt sei die Wahrheit da.

Stadtrat Kolesch betont, dass es der CDU-Fraktion genauso wichtig sei, eine Zahlengrundlage zu haben, auf der Entscheidungen getroffen werden können. Er halte das Investitionsprogramm für genauso wichtig, aber auch hilfreich. Er kontrolliere eben immer, ob es sich im Haushalt abbildet. Er komme gut damit zurecht, wenn Größenordnungen – die sich ggf. auch ändern können – abgebildet seien.

Oberbürgermeister Zeidler befindet das Verfahren als sehr gut und ruft zur Abstimmung auf. Er merkt an: „Sofern jetzt neben dem Haushalt noch Maßnahmen zeitlich eingetaktet werden sollen, wie solle das hier abgebildet werden. Bisher gebe der Erfolg doch recht“.

Er fragt Stadtrat Funk, ob abgestimmt werden solle.

Stadtrat Funk möchte die Abstimmung, sofern es beim Namen Investitionsprogramm bleibt.

Oberbürgermeister Zeidler betont, dass es beim Namen Investitionsprogramm verbleibe, sodass er zur Abstimmung aufrufe.

Nach kurzer Diskussion wird der **Antrag** der FDP mehrheitlich (2 J/15) **abgelehnt**.

Nr. 100:

Ohne Diskussion wird der **Antrag** der FDP mehrheitlich (2 J/15 N) **abgelehnt**.

Nr. 107:

Stadträtin Lauber reduziert den Antrag ab der Waaghausstraße eine Fußgängerzone auszuweisen.

Oberbürgermeister Zeidler hält fest, dass der Antrag lediglich noch in Bezug auf die Errichtung der Fußgängerzone ab Waaghausstraße aufrechterhalten bleibe.

Stadtrat Kolesch hält es für verfehlt, diese Thematik im Haushalt zu beraten. Hierbei handele es sich doch um ein Gesamtkonzept, das im ersten Halbjahr 2021 ohnehin diskutiert werde.

Stadtrat Weber teilt mit, dass bei einer Diskussion im ersten Halbjahr 2021 noch abgewartet werden könne und der **Antrag** daher **zurückgezogen** werde.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 03.12.2020

Nr. 108:

Stadträtin Kübler wünscht sich die Umbenennung in „Platz für Alle“. Ihre Fraktion halte den Vorschlag der Verwaltung für sehr positiv.

Stadtrat Kübler **zieht** den Antrag **zurück**.

Oberbürgermeister Zeidler ruft die Gesamtliste der Haushaltsanträge 2021 zur Abstimmung auf. Insgesamt sind alle **Anträge** durch die Antwort der Verwaltung erledigt beziehungsweise sind die Stadträte einverstanden und **stimmen** dem Haushaltsplan 2021 einstimmig (15 J/ 2 Ent.) **zu**.

Die Anträge der Fraktionen zum Entwurf des Haushaltsplan 2021 werden zur Abstimmung gestellt.

TOP 2. Bekanntgaben und Verschiedenes

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

Bauausschuss, 03.12.2020, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Baubürgermeister Kuhlmann

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Weber

Schriftführer: Keller

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: EBM Miller